

## Einsicht in das Notwendige

AMPEL-AUS – Neuer Bundestag soll am 23. Februar 2025 gewählt werden

Das politische Berlin hatte es schon länger gemunkelt, am 6. November, kurz nach Andruck der ver.di news 15/2024, wurde das Ampel-Aus dann Realität. Bundeskanzler Olaf Scholz, SPD, kündigte Bundesfinanzminister Christian Lindner, FDP, bei einer Sitzung des Koalitionsausschusses zum Bundeshaushalt seine Entlassung an.

„Was wir von der FDP in den vergangenen Wochen an unsozialen Vorschlägen zur Finanzierung des Bundeshaushalts 2025 erlebt haben, die Blockade wichtiger Gesetze, etwa dem Rentenpaket und dem Gesetzentwurf zur Stärkung der Tarifbindung, war unwürdig und unverantwortlich“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. „Christian Lindner und seine Partei betreiben Klientelpolitik für Reiche. Damit hat die FDP bewusst das Ende der Ampelkoalition vorbereitet.“ Die Entscheidung des Bundeskanzlers sei richtig.

Noch vor Weihnachten will Scholz die Vertrauensfrage stellen, neu gewählt werden soll am 23. Februar 2025. Werneke forderte die Unionsparteien auf, bis dahin ihrer politischen Verantwortung den Menschen im Land gegenüber gerecht zu werden. „Aus Sicht von ver.di darf es jetzt keine Last-Minute-Entscheidungen geben, die die Finanzlage von Bund, Ländern und Kommunen weiter verschlechtern oder nur einzelne Gruppen bedienen. Stattdessen braucht es ein finanzielles Sofortprogramm für die Bereiche Pflege, Gesundheit und Bildung, davon sind



alle Menschen in unserem Land betroffen“, so der ver.di-Vorsitzende.

Werneke begrüßte, dass sich der Kanzlerkandidat der Union, Friedrich Merz, für eine Reform der Schuldenbremse offen gezeigt hat. „Das ist die Einsicht in das Notwendige“, sagte er der Nachrichtenagentur Reuters. Einige CDU-Ministerpräsidenten seien schon länger für eine Anpassung der im Grundgesetz verankerten Regelungen zur Begrenzung der öffentlichen Verschuldung. Allerdings ist noch nicht klar, ob Merz das Thema vor oder nach der Neuwahl auf den Tisch bringen will.

Der ver.di-Vorsitzende geht davon aus, dass die Investitionsfähigkeit ein großes Thema im Wahlkampf wird: „Wir haben einen massiven Investitionsstau in Deutschland, allein im kommunalen Bereich von über 180 Milliarden Euro.“ Sollte die

nächste Regierung auch die Modernisierung der Bundeswehr fortführen und an der Ukraine-Unterstützung festhalten, werde dies ohne neue Schulden nicht gehen: „Ansonsten ist der gesellschaftliche Sprengstoff an der Stelle riesengroß.“

Werneke geht nicht davon aus, dass sich die Neuwahl des Bundestags auf den Zeitplan für die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen auswirken wird. Es sei nicht das erste Mal, dass Verhandlungen im Wahlkampf oder zu Zeiten der Regierungsbildung stattfänden. Er geht davon aus, dass die noch amtierende Innenministerin Nancy Faeser, SPD, voll handlungsfähig sein werde. Der erste Verhandlungstermin ist für den 24. Januar 2025 vorgesehen.

Heike Langenberg

### HOME OFFICE...

...wurde zu Corona-Zeiten zum Renner. Viele Beschäftigte verlegten ihren Arbeitsplatz nach Hause, unterstützt von den Arbeitgebern. Doch mittlerweile rudern die Unternehmen wieder zurück. Vorbild scheinen auch hier die USA zu sein, wo gerade Tech-Unternehmen die Homeoffice-Regelungen einschränken oder gar abschaffen. Mit dabei ist etwa Zoom, ein Anbieter von Tools für Video-Konferenzen, der von der Pandemie sehr profitiert hat. Hierzulande wehren sich die Beschäftigten der Deutschen Bank jetzt gegen geplante Einschränkungen und sammeln Unterschriften gegen die Pläne ihres Vorstands.

hla

### Fake News

„Wir haben im US-Wahlkampf erlebt, welchen gefährlichen Einfluss gefälschte Nachrichten und offensichtliche Lügen haben, die sich in Sekundenschnelle über soziale Netzwerke verbreiten. Und das ist bei uns ja nicht anders.“

Philipp Welte, Burda-Vorstand und Verleger-Vorsitzender im Interview mit turi2.de über das Schicksal der Zeitschriften

**HAUSHALT**  
**Mehr Geld aus dem Etat**  
 Vier Themenfelder mit Handlungsbedarf  
**SEITE 2**

**PFLGE**  
**Krankenhaus ist Teamarbeit**  
 Warnung vor weiter steigender Arbeitsbelastung  
**SEITE 3**

**FAHRPERSONAL**  
**Mangelnde Hygiene**  
 Wettbewerb zum Welt-toiletten-Tag  
**SEITE 4**

**AUSGEZEICHNET**  
**Springerpool etabliert**  
 Preise für Interessensvertretungen  
**SEITE 5**

**MUSTER**  
**Gute Grundlage**  
 Betriebsvereinbarung zur sexuellen Belästigung  
**SEITE 6**

**KONFERENZ**  
**Vernetzung gegen rechts**  
 Stärkeres Vorgehen in Betrieben und Dienststellen  
**SEITE 7**

Reklame für  
Klimakiller

(hla) Im Medienstaatsvertrag steht ganz klar, dass Werbung für Verhaltensweisen, die „in hohem Maße den Schutz der Umwelt gefährden“, untersagt sind. Daher haben Uwe Krüger, Katharina Forstmaier, Alexandra Hilpert und Laurie Stührenberg fast 10 000 Werbespots unter die Lupe genommen. Gezeigt wurden sie auf fünf TV-Sendern und 20 YouTube-Kanälen. In der Studie im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung kommen sie zu dem Schluss, dass fast ein Drittel der untersuchten Spots gegen die Vorgabe verstößt. Daher sehen sie dringenden medienpolitischen Handlungsbedarf, etwa verpflichtende Warnhinweise oder Werbeverbote für bestimmte Produktgruppen.

UWE KRÜGER, KATHARINA FORSTMAYER, ALEXANDRA HILPERT, LAURIE STÜHRENBERG: **REKLAME FÜR KLIMAILLER. WIE FERNSEH- UND YOUTUBE-WERBUNG DEN MEDIENSTAATS-VERTRAG VERLETZT**, HERAUSGEGEBEN VON DER OTTO-BRENNER-STIFTUNG, OBS-ARBEITSPAPIER NR. 66, DOWNLOAD UND WEITERE INFORMATIONEN UNTER **OTTO-BRENNER-STIFTUNG.DE**

# Mehr Geld aus dem Etat

BUNDESHAUSHALT – Vier Themenfelder mit Handlungsbedarf

(red.) Anlässlich eines Pressegesprächs zur anstehenden Tarifrunde für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen nannte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke vier ver.di-Positionen zum Bundeshaushalt. Dessen zeitnahe Verabschiedung ist vor dem Hintergrund der anstehenden Neuwahlen eher fraglich.

Werneke sagte vor den Pressevertreter\*innen, dass die Krankenkassenbeiträge für Bürgergeldempfänger\*innen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden müssten. Dafür nannte er die Summe von 10 Milliarden Euro. Zur Entlastung der gesetzlichen Krankenkassen sollte die Mehrwertsteuer auf Arzneien und

Hilfsmittel auf einheitliche 7 Prozent gesenkt werden. Dafür veranschlagte er Mindereinnahmen in Höhe von 5 Milliarden Euro. Dringlich sei auch die Lösung der finanziellen Probleme der Pflegeversicherung.

Für das beschlossene Kita-Qualitätsgesetz stellt der Bund in den Jahren 2025 und 2026 jeweils 2 Milliarden Euro zur Verfügung. Nach übereinstimmender Auffassung von Fachleuten, der Fachministerien der Länder sowie der kommunalen Spitzenverbände müsste die Förderung pro Jahr sogar auf 6,08 Milliarden Euro verdreifacht werden, um die erforderlichen Qualitätsstandards einzuhalten.

ver.di fordert zudem, die finanzielle Ausstattung der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter ebenso kurzfristig wie nachhaltig zu verbessern. Angesichts der Transformation und der wirtschaftlichen Lage sind stabile und langfristige Finanzierungen dringend erforderlich.

Zwar zeichnet sich für 2025 eine Weiterfinanzierung des Deutschlandtickets ab. Die Unionsparteien haben angekündigt, dass sie nach dem Misstrauensvotum von Bundeskanzler Olaf Scholz diesem zustimmen können. Ob das angekündigte Geld reicht, ist unklar, ebenso wie die Perspektive des Tickets ab 2026.

## Alles rund um die Rente

VER.DI-MITGLIEDERSERVICE – Informationen aus erster Hand

(pm) Mit drei Online-Treffen zur Rente geht der ver.di-Mitgliederservice in den Endspurt des laufenden Jahres. „Rente und Arbeiten zur gleichen Zeit“ heißt das Thema am

25. November, „Arbeiten nach dem Regeleintrittsalter“ am 27. November und Rentenabschläge mindern“ am 2. Dezember. Diese Online-Treffen werden Ende Januar/Anfang

Februar sowie Ende April/Anfang Mai noch einmal wiederholt. Sie beginnen jeweils um 17 Uhr. Anmeldung und mehr Infos unter [kurzlinks.de/qzdu](https://kurzlinks.de/qzdu)

## DIE PRESSE-SHOW

„Was für ein Theater“ schreibt die *Süddeutsche Zeitung* am 18. November. Die FDP inszeniere sich seit dem Rauswurf von Christian Lindner als Opfer von Olaf Scholz. Dabei habe die Parteispitze offenbar schon seit Wochen das Ampel-Aus akribisch vorbereitet. In einem Kommentar heißt es dann: „Hätte die FDP im Sommer einen harten Schnitt gemacht, hätte man ihr Egoismus vorgeworfen. Nun aber gibt es Gründe für die Vermutung, dass die FDP darüber hinaus sogar unaufrichtig und verlogen ist. In einer Zeit, in der die demokratische Mitte schrumpft und deren Parteien gegen Populisten und Extremisten zusammenhalten müssen, um das Land zu regieren, setzen sich die Liberalen dem Verdacht aus, die Deutschen mit einer rücksichtslosen Inszenierung genarrt zu haben.“ Was soll man sagen: Über Narren kann man im besten Fall lachen, über das FDP-Theater nicht einmal das.

*tagesschau.de* berichtet am selben Tag von einem anderen Theater unter dem Titel „Wirklich wieder Scholz?“. Der Prolog geht so: Die Union habe Friedrich Merz, die Grünen hätten Robert Habeck und auch bei FDP, AfD und BSW stehe das Spitzenpersonal weitgehend fest, einzig die Kanzlerpartei SPD diskutiere keine 100 Tage „vor der vorgezogenen Bundestagswahl über die Kandidatentauglichkeit von Olaf Scholz“. Sollen man wirklich mit dem Kanzler als Kandidat antreten, obwohl man doch den Umfrageliebling Boris Pistorius in den eigenen Reihen habe? Zuletzt seien die Rufe nach einem Kandidatenwechsel lauter geworden, „ungeachtet der klaren Pro-Scholz-Äußerungen der Parteiführung“. Nun wolle man in der SPD-Spitze der Debatte schnell ein Ende bereiten. „Ob das aber die Kritiker verstummen lässt?“, fragt das Nachrichtenportal. Ja, wer weiß das schon in diesen Tagen?

Versiegt sind Lindners Tränen. „Nach seiner Entlassung als Finanzminister konnte man fast schon Mitleid mit Christian Lindner bekommen. Der FDP-Chef berichtete vor den Kameras von seinen Enttäuschungen, und er wollte den Eindruck erwecken: Hier ist jemand ernsthaft gekränkt“, heißt es in der *taz* am 17. November. Mit feuchten Augen habe er davon gesprochen, wie der Bundeskanzler mit „einem kalkulierten Bruch“ Deutschland ins Chaos gestürzt habe. Die „durchgeskriptete“ Abrechnung von Scholz mit Lindner habe aber gezeigt, dass diesen das perfide Spiel nicht ganz überraschend getroffen habe. Vielmehr habe Lindner mit kalkuliertem Selbstmitleid versucht, seinen Plan, das Ende der Regierung herbeizuführen, zu kaschieren. „Auch innerhalb der Liberalen müssen diese Krokodilstränen des Parteichefs für Stirnrünzeln sorgen“, findet die *taz*. Wohl wahr, mit denen gewinnt Lindner kein Casting mehr. *Petra Welzel*

# Unsägliche Vorgänge

**KRANKENHÄUSER** – *Warnung vor weiter steigender Arbeitsbelastung in der Pflege*

(pm) Betriebsräte aus Krankenhäusern und ver.di warnen vor weiter steigender Arbeitsbelastung in der Pflege. In manchen Kliniken werde „damit begonnen, Servicetätigkeiten wie zum Beispiel die Reinigung von Betten auf Pflegekräfte zu übertragen“, berichten Klinik-Betriebsräte, die insgesamt mehr als 180 000 Beschäftigte repräsentieren, in einem Mitte November veröffentlichten offenen Brief an Politik und Arbeitgeber. Diese „zutiefst beunruhigende Entwicklung“ führe zu „einer weiteren deutlichen Steigerung der Belastungssituation der Pflegekräfte in unseren Krankenhäusern“.

„Jeder weiß, dass in den Krankenhäusern an allen Ecken und Enden Personal fehlt“, erklärte der Konzernbetriebsratsvorsitzende der Helios-Kliniken und Mitinitiator des Briefs, Bernd Behlert. „Dass manche

Klinikleitungen in so einer Situation auf die Idee kommen, Beschäftigte zu entlassen, die teilweise seit vielen Jahren in der Patientenversorgung tätig sind, ist ein Stück aus dem Tollhaus.“

Hintergrund ist eine Gesetzesänderung, durch die Servicekräfte und andere Beschäftigtengruppen ab dem Jahreswechsel nicht mehr über das sogenannte Pflegebudget abgerechnet werden können, dass eine volle Refinanzierung sichert. Arbeitgeber würden deshalb Servicetätigkeiten auf qualifizierte Pflegekräfte verlagern. „Schon jetzt haben Pflegepersonen viel zu wenig Zeit für gute Pflege“, sagte Behlert. „Es kann nicht sein, dass sie nun auch noch zusätzlich Tische wischen und Betten reinigen sollen. Das ist das Gegenteil von Entlastung.“ „Krankenhaus ist Teamarbeit“, be-

tonte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler. „Neben Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften und anderen Gesundheitsberufen braucht es Beschäftigte in der Hauswirtschaft, im Labor oder der Reinigung – alle Berufsgruppen tragen ihren speziellen Teil zu einer guten Behandlung, Pflege und Versorgung bei.“ Deshalb müssten sämtliche Personalkosten, die für eine bedarfsgerechte Versorgung notwendig sind, vollständig refinanziert werden. „Beschäftigte zu entlassen, ist schändlich. Und Pflegefachkräften dann deren Serviceaufgaben aufs Auge zu drücken, ist unverantwortlich“, so die Gewerkschafterin. „Diese unsäglichen Vorgänge müssen sofort gestoppt werden. Die schwierige wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser braucht unverzüglich eine politische Lösung.“



**HEIKE LANGENBERG**  
IST DIE VERANTWORTLICHE  
REDAKTEURIN DER  
„VER.DI NEWS“

## K O M M E N T A R

### Respekt geht anders

Ich erinnere mich an die ersten Tage der Coronapandemie. Klatschend standen Menschen auf Balkonen, wollten den Pflegekräften Respekt zollen. Doch die wollten sich nicht mit einem Klatschen abspesen lassen. Und jetzt, knapp vier Jahre später, hat sich an der Situation in der Pflege immer noch nichts Grundlegendes geändert. Im Gegenteil: Ein offener Brief von Betriebsräten aus Krankenhäusern und ver.di macht darauf aufmerksam, dass sie jetzt auch noch Servicetätigkeiten übernehmen sollen. Fehlt ihnen ohnehin schon die Zeit für pflegerische Tätigkeiten, sollen sie jetzt noch nebenher Betten reinigen und Tische wischen. Hintergrund ist, dass Servicetätigkeiten nicht mehr vollständig refinanziert werden, da sie nach einer Gesetzesänderung nicht mehr auf das Pflegebudget angerechnet werden. Da kann dann ja schnell mal eine Pflegekraft einspringen. Entlastung sieht anders aus.

## Schluss mit Lohndumping

**BODENVERKEHRSDIENSTE** – *Branchentarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt*

(red.) Niedriglöhne für die Beschäftigten der Bodenverkehrsdienste gehören an deutschen Verkehrsflughäfen seit Mitte November der Vergangenheit an. Der Tarifausschuss beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat entschieden, dass die Branchentarifverträge für Bodenverkehrsdienste an deutschen Verkehrsflughäfen nach dem Tarifvertragsgesetz allgemeinverbindlich werden. Das gilt sowohl für den Mantel- als auch für den Entgelttarifvertrag. Sie

gelten seit dem 1. August 2024 und werden jetzt auf alle Beschäftigten der Branche angewendet.

Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle sprach von einem großen Erfolg. Der Branchentarifvertrag werde damit zur tarifpolitischen Antwort ver.dis auf 20 Jahre Deregulierung und Lohndumping an den Flughäfen. Erstmals sei es gelungenen, einen Tarifvertrag für die gesamte Branche abzuschließen. Ausnahmen seien kleine Flughäfen.

Nach mehrjährigen Tarifverhandlungen mit den beiden Arbeitgeberverbänden VKA (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände) und ABL (Arbeitgeberverband der Bodenabfertigungsdienstleister im Luftverkehr) war im Februar 2024 der Tarifvertrag zwischen ver.di und den beiden Arbeitgeberverbänden abgeschlossen und gemeinsam mit ihnen die Allgemeinverbindlichkeit (AVE) beantragt worden.

## Klare soziale Kriterien

**ENERGIEWENDE** – *Mehrheit der Beschäftigten stimmt dafür*

(pm) Eine Mehrheit der Arbeitnehmer\*innen in Deutschland unterstützt die Energiewende, also den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Kohleausstieg. Sorgen bereiten die möglichen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Folgen, zudem hält nur rund ein Drittel der Beschäftigten die aktuellen Ziele für den Ausbau Erneuerbarer für realistisch, ein Drittel ist unentschieden, ein Drittel findet sie unrealistisch.

Generell gibt es deutliche Unterschiede entlang der parteipolitischen Präferenzen: Die Anhängerschaft der AfD unterscheidet sich in ihren Ansichten grundlegend von den Wähler\*innen der demokratischen Parteien und steht der Energiewende überwiegend kritisch gegenüber. Auch die BSW-Wählerschaft hat teils eigene Auffassungen, wenn auch nicht so stark abweichend wie diejenige der AfD. Unabhängig von der politischen

Präferenz ist eine deutliche Mehrheit der Arbeitnehmer\*innen in Deutschland dafür, die staatliche Förderung und Gestaltung der Energiewende an klare soziale Kriterien und gute Arbeitsbedingungen zu binden, wozu Tarifverträge und Mitbestimmung zählen. Das zeigt eine neue von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie von Vera Trappmann und Felix Schulz von der Universität im britischen Leeds.

**boeckler.de**

Respect Film Code

(pm) Auf Initiative von ver.di, des Bundesverbandes Schauspiel (BFFS) und der Allianz Deutscher Produzentinnen und Produzenten – Film, Fernsehen und Audiovisuelle Medien, hat eine Gruppe aus Branchenvertreter\*innen von Verbänden, TV-Sendern, Streamingdiensten, Förderern und unter Beteiligung der BKM, der Themis Vertrauensstelle e.V. und der Berufsgenossenschaft ETEM nach über einem Jahr gemeinsamer Beratung den Respect Code Film (RCF) erstellt. Dieser stellt den ersten branchenweiten Kodex von einzuhaltenden Grundsätzen und Maßnahmen für den respektvollen, kollegialen und die Persönlichkeit schützenden Umgang aller Beteiligten bei Film- und Fernsehproduktionen dar. Der Kodex wurde von allen daran mitwirkenden Organisationen am 8. November 2024 in Berlin unterzeichnet. „Von diesem Respect Code Film geht ein gemeinsamer Appell zu einem deutlich besseren Arbeitsklima an Filmsets und in Filmproduktionen aus. Der RCF gibt auch klare Maßnahmen vor, wie mit entstandenen Konflikten und Fehlverhalten umgegangen werden kann und wie notfalls auch Konsequenzen zu ziehen sind“, sagte Matthias von Fintel, Leiter des ver.di-Bereichs Medien, Journalismus und Film. „Kreatives Filmschaffen braucht sichere, diskriminierungsfreie und angstfreie Arbeitsumgebungen.“ Die Arbeit habe sich gelohnt.

# Mangelnde Hygiene

FAHRPERSONAL – Wettbewerb zum Weltoiletten-Tag

(pm) Für die meisten Beschäftigten in Deutschland ist der Weg zur Toilette während der Arbeit selbstverständlich. Wenn man zur Toilette muss, sind die Wege meist kurz, die Toiletten oft sauber und in ausreichender Anzahl vorhanden. Dies gilt jedoch nicht für das Fahrpersonal der Busse und Bahnen in vielen Regionen in Deutschland.

„Wir nehmen den Weltoiletten-Tag zum Anlass, um auf die teils unwürdigen und unhygienischen Umstände für die Beschäftigten im ÖPNV aufmerksam zu machen“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle. Gerade im ländlichen Raum seien oft nicht einmal Toiletten vorhanden. Viele Kolleg\*innen aus dem Fahrdienst müssten in der Natur ihr Geschäft verrichten. „Das muss sich endlich ändern“, so Behle.

Wenn Toiletten vorhanden seien, würden sie oft nicht ausreichend gereinigt oder sind auch für andere zugänglich. Dabei komme es oft zu Vandalismus oder Diebstahl von

Hygieneartikeln wie Seife oder Toilettenpapier. „Haben unsere Kolleginnen und Kollegen im Fahrdienst aufgrund der engen Zeitplanung überhaupt mal genügend Zeit in der Pause, um auf Toilette zu gehen, ist diese entweder verschmutzt, verschlossen oder besetzt“, so Behle.

ver.di hat daher in den letzten Wochen um Foto-Einsendungen der schmutzigsten, unwürdigsten oder ekligsten Toiletten für Fahrpersonal im ÖPNV gebeten. Unter der Vielzahl von Einsendungen wurden zwei Toiletten von einer Jury ausgewählt, die exemplarisch stehen für die Zustände in Sanitäreinrichtungen für das Fahrpersonal im ganzen Land. Die Unternehmen werden auf die diesjährige ÖPNV-Betriebs- und Personalratkonferenz von ver.di eingeladen und erhalten dort eine Trophäe: BördeBus Verkehrsgesellschaft, Vahldorf, und die Verkehrsbetriebe der Stadtwerke Bayreuth.

Die BördeBus bietet hauptsächlich Überlandlinienverkehr an. Dadurch finden viele Pausen an End-

haltestellen auf dem Land statt. Dazwischen bleibt den Beschäftigten oft nur der Gang in den Wald. An anderer Stelle gibt es lediglich mobile Toiletten als „dauerhafte Lösung“. Diese sind nicht immer abgeschlossen und können dadurch auch von Dritten benutzt und verschmutzt werden. Die Beispieltoilette steht auf einem unbeleuchteten Schulhof und ist vom Knoten- und Pausenpunkt in Rottmersleben, wo sich fünf Linien treffen, mehrere hundert Meter entfernt.

Die Toilette der Verkehrsbetriebe der Stadtwerke Bayreuth befindet sich an einer Endhaltestelle in Laineck, Friedrichsthal als einzige Toilette. Hier machen 45-mal am Tag Fahrer\*innen Pause. „Gewonnen“ hat diese Toilette, da sie, wie viele andere im Land auch, nicht ausreichend häufig gereinigt wird, sondern allenfalls alle zwei Tage, am Wochenende gar nicht. Die zuständige Reinigungsfirma kommt manchmal tagelang nicht vorbei. Kostendruck führt zu mangelnder Hygiene.

T A R I F L I C H E S

**GELD- UND WERTTRANSPORT** –

(pm) In der Tarifrunde für bundesweit rund 10 000 Beschäftigte der Geld- und Werttransportbranche zwischen ver.di und der Bundesvereinigung Deutscher Geld- und Wertdienste (BDGW) gab es in der fünften Verhandlungsrunde am 14. November in einigen Punkten zwar eine weitere Annäherung, Für das Gesamtpaket blieben jedoch wichtige Aspekte ohne Ergebnis. Dazu zählt ver.di-Verhandlungsführerin Sonja Austermühle vor allem Fragen der Löhne und Sonderzahlungen. Die nächste Verhandlungsrunde soll am 22. November in Frankfurt stattfinden.

**SWR** – (pm) Seit einem Jahr dauert der Tarifkonflikt mit den ARD-Rundfunkanstalten. Jetzt gibt es ein erstes Verhandlungsergebnis. Beim SWR wurde neben 6 Prozent Tarifierhöhung in zwei Stufen über eine Laufzeit von 25 Monaten auch eine für mittlere und niedrige Tarifgruppen stärker wirkende jährliche Sonderzahlung so stark erhöht, dass es nachhaltige Tarifsteigerungen zwi-

schen 6 und über 10 Prozent gibt. Für Auszubildende sowie für Volontär\*innen wird ebenfalls durch Festbetragserhöhungen von monatlich 200 Euro und eine um 250 Euro gesteigerte Sonderzahlung eine höhere dauerhafte Wirkung erreicht. Dazu werden im Dezember Einmalzahlungen von 2100 Euro für Lernende und, ausgenommen das Leitungspersonal, zwischen 2000 und 4800 Euro an Angestellte und arbeitnehmerähnliche Freie gezahlt. In der Tariflaufzeit sind außerdem betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen worden. Das SWR-Tarifergebnis hat eine Erklärungsfrist bis zum 29. November und wird jetzt im Kreise der Mitgliedschaft und Gremien beraten.

**DEUTSCHE WELLE (DW)** – Mitte November haben die Beschäftigten der Deutschen Welle an verschiedenen Standorten gestreikt. Damit reagierten sie darauf, dass die Tarifverhandlungen nach sechs Runden stocken. ver.di fordert eine Erhöhung der Gehälter und Honorare um 10,5 Prozent, um die Kaufkraftverluste

der letzten Jahre auszugleichen. Bei der DW arbeiten rund 1800 festangestellte und 2000 freie Mitarbeiter\*innen in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern.

**EISENBAHTARIFVERTRAG (ETV)**

– (pm) Auch die zweite Verhandlungsrunde am 11. November zwischen ver.di und dem Arbeitgeberverband (AGVDE) blieb ohne Ergebnis. Von den Verhandlungen sind rund 5500 Beschäftigte in sechs Bundesländern (Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz) betroffen. Zu den vom ETV betroffenen Unternehmen gehören Omnibusbetriebe, Schienennahverkehr, aber auch Güterbahnen. „Zu viel Laufzeit, zu wenig Lohnerhöhung“, sagte ver.di-Verhandlungsführer Andreas Schackert zum Vorschlag der Arbeitgeber. Die ver.di-Tarifkommission habe entschieden, die Beschäftigten in einzelnen Unternehmen bis zum nächsten Verhandlungstermin am 5. Dezember zu weiteren Warnstreiks aufzurufen.



# Springerpool etabliert

AUSZEICHNUNGEN – Preise für Interessenvertretungen

(hla) Sechs Preisträger aus dem ver.di-Organisationsbereich gab es in diesem Jahr beim Deutschen Personalrätepreis und

beim Deutschen Betriebsrätepreis. In Berlin konnten sich vier Personalrätegremien freuen, einen Tag später erhielten

in Bonn zwei Betriebsratsgremien eine der begehrten Auszeichnungen.

## • Deutscher Personalrätepreis

Beim Schöneberger Forum in Berlin werden in jedem Jahr die Preisträger\*innen im Wettbewerb um den Deutschen Personalratspreis ausgezeichnet. In diesem Jahr gingen vier der fünf Auszeichnungen an Projekte aus dem ver.di-Organisationsbereich. Über Gold freuten sich die Kolleg\*innen vom **Personalrat der Rottal-Inn-Kliniken KU in Eggenfelden**. Sie konnten einen Springerpool etablieren, um das Pflegepersonal zu entlasten.

Silber ging an den **Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt Hannover**, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün. Den Kolleg\*innen dort war es gelungen, die Textilverkstatt der Landeshauptstadt auch für leistungsgewandelte Kolleg\*innen zu öffnen, die nicht mehr in ihren Ursprungsbetrieben

arbeiten können. Dadurch können sie dem Bezug von Bürgergeld entgehen. Dem **Personalrat des Rundfunks Berlin-Brandenburg** ist es gelungen, das Gremium auch für arbeitnehmerähnliche Freie Mitarbeiter\*innen zu öffnen. Seit dem Frühjahr gehören sechs von ihnen dem 17köpfigen Personalrat an. Mit gleichen Rechten wie die Festangestellten. Dafür gab es den Deutschen Personalrätepreis in Bronze.

Über den Sonderpreis der DGB-Jugend freute sich die **Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung der Landeshauptstadt München**. Sie ist für über 3000 Nachwuchskräfte der Stadtverwaltung zuständig. Um deren Ausbildungsqualität zu verbessern, hatte sie die Kampagne „Reiter, übernehmen Sie“ neu aufgelegt. Im Gegensatz zur ersten Runde ging es diesmal nicht um monetäre

Forderungen, Oberbürgermeister Dieter Reiter, SPD, bekam eine Liste mit sechs Forderungen überreicht. Damit sollten die wesentlichen strukturellen Mängel in der Ausbildung abgestellt werden. Ermittelt wurden die sechs brennendsten Probleme bei einer Abstimmung der Nachwuchskräfte. Reiter hat den Forderungen gleich bei der Übergabe zugestimmt, jetzt werden sie nach und nach umgesetzt.

Der Sonderpreis der Debeka ging an den Bundespolizeihauptpersonalrat beim Bundesministerium des Inneren und für Heimat (BMI) in Berlin. Der Deutsche Personalrätepreis wird in jedem Jahr von der Zeitschrift „Der Personalrat“ verliehen. Mehr Infos zu allen Preisträgern und Nominierten sowie über den Wettbewerb um den Deutschen Personalrätepreis 2025 unter **dprp.de**

## • Deutscher Betriebsrätepreis

Einen Tag nach der Verleihung in Berlin wurden in Bonn die Preisträger\*innen des Deutschen Betriebsrätepreises geehrt. Der Rahmen war traditionell der Deutsche Betriebsräte-Tag: In der alten Bundeshauptstadt konnten sich zwei Interessenvertretungen aus dem ver.di-Organisationsbereich über die Auszeichnung freuen.

Der Deutsche Betriebsrätepreis in Bronze ging an den **Konzernbetriebsrat (KBR) der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB)**. Das Gremium kämpft seit vielen Jahren für einheitliche Bedingungen aller Beschäftigten unter dem Dach der LVB, auch der von Tochterunternehmen. Das führt unter anderem jetzt dazu, dass Beschäftigte einfacher zwischen den einzelnen Unternehmensteilen wechseln können. Auch die Mitbestimmung wurde ausgeweitet. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Meister würdigte den Einsatz des KBR

in seiner Laudatio als „ein echtes Beispiel für moderne Mitbestimmung und soziale Innovation in der Arbeitswelt“.

Den Sonderpreis „Arbeitszeit gemeinsam gestalten“ überreichte Rainald Thannisch, Bereichsleiter Mitbestimmung beim ver.di-Bundesvorstand, dem **Gesamtbetriebsrat der Deutschen Telekom Service GmbH aus Bonn**. Die Kolleg\*innen hatten ein Arbeitszeitsystem im Kundenservice der Telekom neu entwickelt. Mit verschiedenen Bausteinen können

die Mitarbeiter\*innen im Kundenservice jetzt individuell einen Plan wählen, der ihnen eine möglichst große Freiheit in der Lebensplanung ermöglicht, etwa für Hobbys, Familie oder Ehrenamt.

Der Deutsche Betriebsrätepreis wird von der Zeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“ verliehen. Mehr Infos zu den Preisträger\*innen und Nominierten des Deutschen Betriebsrätepreises 2024 und dem Wettbewerb für 2025 unter **dbrp.de**

## Die weiteren Betriebsräte-Preise gingen an:

- **Gold:** Gesamtbetriebsrat (GBR) und Konzernbetriebsrat (KBR) der Siemens AG, München für das Projekt „Demokratie schützen, Grundwerte stärken“
- **Silber:** Betriebsrätenetzwerk von fünf Firmen der chemischen Grundstoffindustrie am Standort Stade. Mit der Bildung einer Standortallianz, in der neben den Unternehmen auch Politik, Verwaltung und Gewerkschaft eingebunden wurden, konnten rund 2800 Arbeitsplätze gesichert werden
- **Sonderpreis Transformation mitbestimmen:** Betriebsräte von Böklunder Fleisch- und Wurstwaren GmbH & Co. KG/ DöllingHareico Fleisch- und Wurstwaren GmbH & Co. KG, Böklund
- **Sonderpreis Mitbestimmung erweitern:** Gesamtbetriebsrat Daimler Truck AG, Leinfelden-Echterdingen



Foto: Kay Herschelmann

CHRISTOPH MEISTER IST MITGLIED DES VER.DI-BUNDESVORSTANDS

## ST A T E M E N T

### Moderne Mitbestimmung

Seit nunmehr 16 Jahren wird herausragende Betriebsratsarbeit mit dem Deutsche Betriebsrätepreis prämiert. Der Preis ist damit gleichermaßen ein Zeugnis für die wichtige Bedeutung der Mitbestimmung als auch ein wertvolles Archiv voller guter Anregungen für vorbildliche Betriebsratsarbeit. Es war mir daher eine große Freude, am 7. November in Bonn den deutschen Betriebsrätepreis in Bronze an den Konzernbetriebsrat der Leipziger Verkehrsbetriebe zu verleihen. Die Leipziger Verkehrsbetriebe und ihr Konzernbetriebsrat haben gemeinsam ein einheitliches und weitreichendes Sicherheitsnetz geschaffen, das Veränderungen innerhalb des Unternehmens und über die Unternehmensgrenzen hinweg fördert und absichert. Außerdem hat der KBR eine Mitbestimmungsstruktur aufgebaut, die über die einzelnen Standorte hinweg funktioniert und eine konzernweite Effizienz gewährleistet. Das im doppelten Wortsinn ausgezeichnete Projekt ist damit ein überragendes Beispiel für moderne Mitbestimmung und soziale Innovation in der Arbeitswelt.

# Gute Grundlage

SEXUELLE BELÄSTIGUNG – *Musterbetriebsvereinbarung vorgelegt*

## Strafe statt Verwarnung

(ku) Facebook und andere vermeintlich soziale Medien haben sich zum Tummelplatz für vermeintlich ungehinderte Pöbeleien entwickelt. Doch auch hier gilt die Rechtsordnung. Verbindet jemand einen volksverhetzenden Inhalt auf Facebook mit einem Aufruf zum Teilen, reicht eine Verwarnung nicht aus. Das geht aus einer Entscheidung des Landgerichts Lübeck hervor, über die das Internetportal **kostenlose-urteile.de** berichtet. Das Amtsgericht Ratzeburg hatte den Beklagten verwarnt. Eine Geldstrafe sollte er an eine gemeinnützige Einrichtung zahlen, wenn er innerhalb von zwei Jahren wieder volksverhetzend auffallen sollte. Das Landgericht in Lübeck änderte als nächsthöhere Instanz die Verwarnung zu einer Geldstrafe in Höhe von 60 Tagessätzen. Der Mann hatte in seinem frei zugänglichen Profil ein Schmähdgedicht mit dem Titel „Das Asylgedicht“ veröffentlicht. Sowohl am Anfang und am Ende des Posts forderte er zum Teilen des Beitrags auf, denn Facebook wolle das „Gedicht“ sperren. Das Landgericht sah in dem Vorgehen des Mannes nicht nur eine ausländerkritische, sondern eine ausländerfeindliche Motivation. Zudem warnte es vor den Nachahmungseffekt, wenn solche Texte ohne Hürden und Strafen veröffentlicht werden könnten. **Aktenzeichen 2 NBS 702 Js 28388/23 kostenlose-urteile.de**

(red.) Die Frauen in ver.di haben eine Musterbetriebsvereinbarung gegen sexuelle Belästigung vorgelegt. „Denn gute Regelungen gegen sexuelle Belästigung sind nicht nur „nice to have“ – sie sind elementar für ein gutes Miteinander im Betrieb und in der Verwaltung“, heißt es dazu auf der Website des Bereichs Frauen und Gleichstellungspolitik.

Immer wieder müssen Betroffene feststellen, dass ihre Berichte über Belästigung nicht ernstgenommen werden. Sie bleiben mit ihren Erlebnissen allein, das Betriebsklima wird vergiftet. Überwiegend sind Frauen betroffen. Sie kommen dann nur noch mit Bauchschmerzen zur Arbeit, werden körperlich und/oder psychisch krank, kündigen.

Ebenso vielfältig wie die Folgen sind die Formen sexueller Belästigung. Sexistische Sprüche, ungewollte Berührungen oder das Ausnutzen von Macht gehören beispielsweise dazu.

Betriebs- und Personalräte müssen die Schilderungen und Hinweise ihrer Kolleg\*innen ernst nehmen und konkrete Gegenmaßnahmen ergreifen. Daher sollten sie vorbereitet sein, auch wenn ihnen bislang (noch) kein Fall von sexueller Belästigung bekannt ist oder ein grundlegend respektvoller Umgang in dem Betrieb oder der Dienststelle herrscht.

„Unsere Gesellschaft ist sexistisch, und das zeigt sich auch auf der Arbeit. Damit es allen Kolleg\*innen gut geht, müssen wir das anerkennen und uns füreinander einsetzen“, schreiben die ver.di-Frauen auf ihrer Website. Dafür sei eine gute Betriebs- bzw. Dienstvereinbarung die beste Grundlage.

Ihre Mustervereinbarung hilft, das Thema anzugehen und sinnvolle Regelungen zu erarbeiten. „Das A und O ist, die Vereinbarung auf eure Gegebenheiten und Möglichkeiten anzupassen: Nehmt euch die Zeit und diskutiert ausführlich! Holt Kol-

leg\*innen ins Boot, fragt sie, was sie brauchen, diskutiert das Thema auf Betriebsversammlungen, nehmt Beratung in Anspruch“, raten die ver.di-Frauen.

Die Muster-Vereinbarung enthält unter anderem

- eine Begriffsbestimmung und anpassbare Möglichkeiten für den Geltungsbereich (digitale Gewalt, z. B. über Mails oder Messenger, nicht vergessen)
- Regelungen zum Einrichten einer Beschwerdestelle nach dem AGG
- Möglichkeiten zur Beratung Betroffener
- Rechte der Betroffenen
- Regelungen zum Beschwerdeablauf
- (arbeitsrechtliche) Konsequenzen gegen ausübende Personen
- präventive Maßnahmen (z. B. Information und Schulungen)

Sie kann unter **kurzlinks.de/hxp4** heruntergeladen werden.

## AKTUELLE URTEILE

**TEILZEIT IST AUCH PASSIV TEILZEIT** – (bag) In der passiven Phase der Altersteilzeit verweigerte ein Unternehmen der Energiewirtschaft einem Mann die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie. Dabei berief sich das Unternehmen auf einen Tarifvertrag, den der zuständige Arbeitgeberverband mit IG BCE und ver.di abgeschlossen hat. Sie hatten sich in dem Tarifvertrag über die einmalige Sonderzahlung darauf verständigt, dass Arbeitnehmer\*innen von der Zahlung ausgeschlossen sind, die sich in der Passivphase der Altersteilzeit oder im Vorruhestand befinden.

Diese Regelung hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) jetzt für unwirksam erklärt. Sie „stelle eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung wegen der Teilzeit dar“, heißt es in einer BAG-Pressemitteilung zu der Entscheidung. Die höchsten Arbeitsrichter\*innen beriefen sich dabei auf das Teilzeitbefristungsgesetz. Danach darf ein teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer wegen der Teilzeit nicht schlechter behandelt werden als ein vergleichbarer vollbeschäftigter Arbeitnehmer. Ausnahmen sind nur möglich, wenn sachliche Gründe

eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen. Die sah das Gericht in diesem Fall aber nicht.

„Ein sachlicher Grund für die Ungleichbehandlung von Arbeitnehmern aufgrund der Freistellung in der Altersteilzeit gegenüber vergleichbaren Vollzeitbeschäftigten lässt sich aus den erkennbaren Leistungszwecken und dem Umfang der Teilzeitarbeit nicht herleiten“, argumentierte das Gericht laut der Pressemitteilung. Möglich seien Ausnahmen etwa nur dann, wenn es sich um die Gegenleistung für eine erbrachte Arbeit oder eine Anerkennung von Betriebstreue handelt. Das sei aber hier nicht der Fall. Daher hat der Kläger Anspruch auf die Prämie in Höhe von 3000 Euro.

**Aktenzeichen: 9 AZR 71/24**

**AUSSERTARIFLICHE BESCHÄFTIGUNG** – (bag) Ab wann ist eine Bezahlung außertariflich? Mit dieser Frage hatte sich jüngst das Bundesarbeitsgericht (BAG) zu beschäftigen. Geklagt hatte ein Mann, der bei einer Firma als außertariflich Beschäftigter galt. Sein monatliches Entgelt lag jedoch nur 40 Euro über

dem der höchsten Tarifgruppe. Er klagte jetzt gegen seinen Arbeitgeber und machte einen Abstand von mindestens 23,45 Prozent geltend. Daher forderte er eine Nachzahlung für mehrere Monate, in seinem konkreten Fall rund 17 000 Euro.

Das BAG sah jedoch – ebenso wie die Vorinstanzen – keinen Anlass dazu. Laut geltendem Tarifvertrag gilt in dem Betrieb jede Zahlung über die höchste Tarifstufe hinaus als außertariflich. Ein Mindestabstand war darin nicht festgelegt. „Wollen die Tarifvertragsparteien einen bestimmten prozentualen Abstand zwischen dem höchsten Tarifentgelt und dem Entgelt außertariflicher Beschäftigter, müssen sie eine entsprechende tarifliche Abstandsklausel hinreichend klar und deutlich in den Tarifvertrag aufnehmen“, heißt es in einer Pressemitteilung des BAG zu der Entscheidung. Die von Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes garantierte Tarifautonomie verbiete ein „Nachbessern“ tariflicher Bestimmungen durch die Gerichte zugunsten der einen oder anderen Seite.

**Aktenzeichen 5 AZR 82/24**  
**Aktenzeichen 5 AZR 154/22**

# Vernetzung gegen rechts

KONFERENZ – Stärkeres Vorgehen in Betrieben und Dienststellen

(red.) Mitte November trafen sich im ver.di-Bildungszentrum Gladenbach rund 90 betrieblich aktive ver.dianer\*innen zur Bildungs- und Vernetzungskonferenz „Wir sagen zusammen halt“. Landesbezirke und Fachbereiche, aber auch Jugend, Migrant\*innen und Frauen hatten Kolleg\*innen nach Hessen geschickt, sodass sich zwei Tage lang ein Querschnitt der Organisation mit der Frage beschäftigt hat, wie sich ver.di in Betrieben und Dienststellen zukünftig noch effektiver gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus aufstellen kann.

## Offensiv gegen Rassismus

Veranstaltet wurde die Konferenz vom ver.di-Bundesvorstand in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, den Migrant\*innen in ver.di, ver.di GPB, dem Zentralen Arbeitskreis offensiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus (Zako) und dem Projekt „Demokratie und Vielfalt in Sachsen“ (Duvis). In Workshops berichteten die Teilnehmenden über konkrete Situation in ihrem betrieblichen Alltag. Da war die Rede von zunehmenden rassisti-

schen Äußerungen, von Forderungen, ver.di solle sich nicht politisch äußern, bis hin zu einem Bericht über Personalräte und Beamt\*innen, die aufgefordert wurden, sich nicht mehr politisch zu äußern. So ist ein Fall aus dem Land Bremen bekannt, bei dem versucht wurde, einen Beamten mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde einzuschüchtern.

Daher lag der Fokus der Konferenz ganz klar auf den Betrieben und Dienststellen. Die Frage war, wie die Gewerkschaft bei diesem Thema alle Teile der Arbeitswelt erreichen kann, und damit die vielen Kolleg\*innen, die täglich Probleme mit der wachsenden Zahl an rechten Äußerungen in den Betrieben und Dienststellen haben. Schnell war klar, dass ver.di immer wieder deutlich machen muss, dass und warum eine Gewerkschaft auch eine politische Organisation ist.

Weitere Ideen waren eine stärkere Vernetzung, etwa über Austausch-Runden, die auch online stattfinden können. Auch war ein Vorschlag, dass regelmäßig Vernetzungskonferenzen stattfinden könnten. Zudem wurde vorgeschlagen, schon jetzt die Betriebsratswahlen 2026 in den Blick zu nehmen. Über die Ideen

und deren Umsetzung werden der Gewerkschaftsrat und der ver.di-Bundesvorstand beraten.

## Gefahr für Gewerkschaften

Für den ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke war die Netzwerkkonferenz eine der wichtigsten ver.di-Veranstaltungen in diesem Jahr. In seiner Rede sprach er über die politische Lage unter anderem in den USA. Dort zeigt sich schon jetzt, welche Gefahr den Gewerkschaften droht, wenn die Rechten an die Macht kommen. Nach Berichten der amerikanischen Gewerkschaft SEIU, in der rund zwei Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes organisiert sind, droht der Versuch, die Gewerkschaften insbesondere im öffentlichen Dienst auszuschalten – sowohl auf Bundesebene als auch in den Bundesstaaten. Dazu werden ihre Rechte beschnitten. Weiteres Thema für die SEIU ist, dass viele ihrer Mitglieder ohne Aufenthaltsgenehmigung in den USA leben. Menschen mit diesem Status hat der designierte amerikanische Präsident schon im Wahlkampf mit sofortiger Abschiebung gedroht.



## IN F O S

### Demos gegen rechts

(pm) ver.di ruft zusammen mit ihren Schwestergewerkschaften des DGB und weiteren Bündnispartnern wie Fridays for Future und dem Netzwerk „Hand in Hand“ kontinuierlich zu Demonstrationen gegen die AfD und rechte Extremisten auf. Vor allem auch mit Blick auf die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen, die der ver.di Vorsitzende Frank Werneke als „alarmierend“ einstuft. Die anstehenden Neuwahlen und der Tag gegen Gewalt gegen Frauen am 25. November sorgen gerade dafür, dass vermehrt Menschen auf die Straßen gehen. Und dass nicht nur in großen Städten, auch die Vielfalt der Orte zeigt, dass ver.di und andere Organisationen überall in der Republik die Menschen darin eint, gegen Rechts auf die Straßen zu gehen. Termine und weitere Infos unter [kurzlinks.de/t002](https://kurzlinks.de/t002). Die Seite wird fortlaufend aktualisiert.

## Drei Workshops

WISSENSCHAFTSUNTERSTÜTZUNG – ver.di lädt zur Debatte über Aufwertung dieser Arbeit ein

Wissenschaftsunterstützende Arbeit ist mehr wert. Daher lädt ver.di zu einer Debatte über konkrete Schritte ein, mit denen man diese Arbeit aufwerten kann. Denn ohne Technik, Verwaltung oder Service läuft an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen wenig. Dennoch bleiben die Beschäftigten in diesen Gruppen häufig unsichtbar, es fehlt an Wertschät-

zung, Partizipation, fairem Entgelt und Perspektiven. Gemeinsam mit der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Technischen Universität Berlin lädt ver.di daher im kommenden Jahr Interessierte zu drei Workshops in Berlin ein:

- 17. Januar: Ablauforganisation/Digitalisierung, Anmeldung bis 29. November

- 22. Februar: Personalentwicklung, Anmeldung bis 17. Januar
  - 21. März: Führungskultur, Anmeldung bis 14. Februar
- Entwickelt werden sollen konkrete Schritte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in diesem Bereich. Die Teilnahme ist kostenlos; ver.di-Mitglieder können Fahrtkosten erstattet bekommen. Mehr Infos: [kurzlinks.de/a6ua](https://kurzlinks.de/a6ua)

## IMPRESSUM

### ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

#### HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI, FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

#### CHEFREDAKTION:

PETRA WELZEL

#### REDAKTION: HEIKE LANGENBERG

(VERANTWORTLICH), MARION LÜHRING,

RITA SCHUHMACHER

#### REDAKTIONSASSISTENZ: KATRIN SCHMIEDEL

#### VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:

DATAGRAPHIS, WIESBADEN

#### INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: NELCARTOONS.DE

#### ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN,

TEL.: 030 / 69 56 1069

VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE

#### HINWEIS: DIE AUSGABE 17 ERSCHIEINT

AM 14. DEZEMBER 2024

[verdi.de](https://www.verdi.de)



JULIA JIRMANN:  
**BLACKBOX STEUER-  
POLITIK**, VERLAG J.H.W.  
DIETZ NACHF., BONN,  
168 SEITEN, 20 EURO,  
ISBN 978-3801206826

# Steuer-Mythen entzaubert

**BUCHTIPP** – *Wie Privilegien Ungerechtigkeit antreiben*

Wahlzeit! Auf dem politischen Parkett ist der Wahlkampfmodus aktiviert. Insbesondere der ehemalige Bundesfinanzminister Christian Lindner, FDP, fordert weiter die Wirtschaftswende, wirbt mit Steuersenkungen und befeuert den Mythos vom Hochsteuerland Deutschland. Julia Jirmann, Wirtschaftswissenschaftlerin und -juristin im Netzwerk Steuergerechtigkeit e.V., entzaubert diesen Mythos und breitet in ihrem durchweg lesenswerten Buch „Blackbox Steuerpolitik“ die Mechanismen von Steuerprivilegien aus.

Sie erinnert daran, dass Wohlstand und Demokratie von der

## Bücher bestellen

Das Buch ist wie andere Bücher auch im Buchladen in der ver.di-Bundesverwaltung erhältlich. Doch können Bücher auch per Mail bestellt werden unter: [buchladen@verdi-bub.de](mailto:buchladen@verdi-bub.de). Sie werden dann ohne Versandkosten per Post nach Hause geliefert.

Finanzierung öffentlicher Güter und Leistungen abhängt, die der Staat nicht ausreichend bereitstellt. „Die Steuereinnahmen des Staates sind letztlich die Gemeinschaftskasse der Gesellschaft“, stellt sie voran und Steuern sollten Ungleichheiten angemessen ausgleichen. Aber, so ihr Befund, „in kaum einer anderen westlichen Demokratie sind Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland“.

An zahlreichen Beispielen zeigt sie, dass hier die Steuerpolitik nicht dazu beiträgt, soziale Ungerechtigkeit auszugleichen, sondern sie vielmehr vorantreibt. In den vergangenen drei Jahrzehnten wurden Vermögende und Unternehmen gleich dreifach entlastet: die Aussetzung der Vermögenssteuer (Verlust in der Staatskasse 400 Mrd. Euro), die Aufhebung der Gewerbesteuer und die Senkung der Körperschaftsteuer von 30 auf 15 Prozent. Mit einer Neuauflage der Vermögenssteuer würden die Ver-

mögen ja nicht ausgezehrt, so die Autorin, sondern sie wuchsen nur langsamer. Hohe Freibeträge und Gestaltungsmöglichkeiten bei großen Erbschaften bremsen die Besteuerung von leistungslosem Einkommen, moniert Jirmann mit Blick auf signifikante Details im Steuerrecht.

Ebenso kritisch sieht sie die Unternehmensbesteuerung, die Unternehmensverbände unisono mit den Freidemokraten als Wachstumsbremse titulieren. Nach ihrer Erkenntnis gingen allein durch Gewinnverschiebungen bei großen globalisierten

Unternehmen der Staatskasse pro Jahr zwischen 6 und 30 Milliarden Euro als Steuereinnahmen verloren. Nur halbherzige und herausgezögerte Reformen, etwa durch die EU, haben bislang wenig Wirkung gezeigt. So hält Jirmann nichts von einer Steuersenkungspolitik zugunsten der Unternehmer, die eher Mitnahmeeffekte und damit Vermögenszuwächse generiert. Schließlich prangert sie „Share Deals“ an, bei denen Immobilienunternehmen sich beim Grunderwerb die Grunderwerbsteuer ersparen können. *Gunter Lange*

## NACHRUF

Anfang November ist der Kollege **Kai Schumann** im Alter von 46 Jahren verstorben. Der Volkswirt hat seine hauptamtliche Tätigkeit für ver.di 2013 im Rahmen eines Projekts im ver.di-Bezirk Fils-Neckar-Alb begonnen. Zwei Jahre später wechselte er als Gewerkschaftssekretär in den Bezirk Aachen-Düren-Erft. „Kai war stets offen, kollegial und respektvoll, ohne dabei seine eigene Meinung zu verstecken“, erinnert der ver.di-Landesbezirk NRW in einem Nachruf an den „Vollblutgewerkschafter“.

Anfang Oktober ist die Kollegin **Birgit Laumann** im Alter von 41 Jahren verstorben. Die gelernte Erzieherin studierte Sozialmanagement, bevor sie 2010 als Jugendsekretärin in den ver.di-Bezirk Südwestfalen wechselte. 2013 übernahm sie die Aufgabe der Landesjugendsekretärin. 2018 fand sie im Fachbereich Finanzdienstleistungen im Bezirk Köln-Bonn-Leverkusen eine neue Aufgabe, „Für Birgit war Gewerkschaft nicht nur ein Job, sondern eine innere Haltung. Sie wusste Kolleginnen und Kollegen mitzunehmen und zu begeistern“, heißt es in einem Nachruf des ver.di-Landesbezirks NRW.

## True Facts

„Ich verstehe nicht, warum sich die Leute über das Bürgergeld aufregen, während Steuerhinterzieher davonkommen.“

Steuerfahnderin Birgit Orths im Interview mit dem Berliner Tagesspiegel